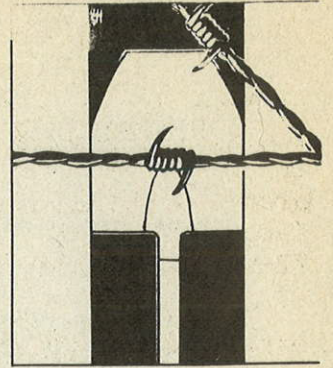


Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.



Seminar Protokoll

(UN-) RECHTSPRECHUNG IM "III. REICH" UND AUFARBEITUNG HEUTE -
DIE ARBEIT DES AKTIONSKOMITEES EMSLANDLAGER

1. Vortrag von B. Brückner: Geschichte und Strategie des D.I.Z..
2. Protokoll der anschließende Diskussion
Protokoll der TOP's: Weiterarbeit des Gedenkstättenarbeits-
kreises und Verschiedenes.
3. Pressestimmen.

Über die Referate von Elke Suhr ~~zur~~ Geschichte der Emslandlager und von Ingo Müller zur Justiz im "III.Reich" liegen keine schriftlichen Aufzeichnungen vor.
Hier möchte ich bzgl. des ersten Referates auf das Buch von Elke Suhr zu den Emslandlagern verweisen. Ingo Müllers Vortrag soll u.a. in einem Geschenkbuch zum 60. Geburtstag für Heinrich Hannover, das demnächst im VSA-Verlag erscheinen soll, abgedruckt sein.

Protokoll:

Vortrag am 12.10.85 im Don-Bosco-Heim in Papenburg

Thema: Zur Arbeit des Aktionskomitees Emslandlager

Referent: Bruno Brückner, 2. Vorsitzender des Aktionskomitees

Gliederung:

1. Rückblick auf einige Ereignisse aus der Geschichte des Aktionskomitees.
2. Politische Strategie des Aktionskomitees: Vom reflexhafte-n Reagieren zum planmäßigen politischen Kalkulieren und Einwirken.
3. Motive politischer Instanzen im Umgang mit dem Aktionskomitee.
4. Zur Verankerung des Aktionskomitees in der Region.
5. Schwerpunktmäßige Inhaltsfelder der Arbeit des Aktionskomitees.
6. Defizite des Aktionskomitees.

1. Rückblick auf einige Ereignisse aus der Geschichte des Aktionskomitees.

Im September 1955 trafen sich ca. 600 ehemalige Häftlinge aus den Emslandlagern in Esterwegen und Papenburg und gründeten die "Emslandlagergemeinschaft Moorsoldaten".

Im Oktober 1963 errichtete die Bergbaujugend der IG-Bergbau Essen einen Gedenkstein für Carl von Ossietzky. Seit dem Antrag auf Genehmigung zur Errichtung dieses Gedenksteins hatte es Streit mit den zuständigen Behörden

über die Gräber des Friedhofs an der B-401 gegeben. Der Landkreis Aschendorf-Hümmling hatte behauptet, in der ganz überwiegenden Zahl der Häftlinge in den Lagern handele es sich um rechtskräftig verurteilte Straftatgefangene. Insofern könne der Friedhof auch nicht Friedhof des ehemaligen KZ-Esterwegen sein.

Der Streit um die Inschrift eines vom Landkreis Aschendorf-Hümmling errichteten "Gedenk"-Steins schwelte drei Jahre. Auf dem Stein wurde sinngemäß behauptet, die sterblichen Überreste der Opfer des Nationalsozialismus ruhten auf der Gräberanlage in Versen. Demnach wären die Gräber auf dem Friedhof an der B-401 eben nicht die der Opfer, so mußte zwangsläufig die Schlußfolgerung lauten.

Im Juni 1969 übermalte schließlich der Redakteur der Ems-Zeitung, Hermann Vinke, diesen skandalösen Text. Und nach einer Säuberungsaktion durch den Landkreis meißelten im Juli Mitglieder des Demokratischen Clubs Papenburg (DCP) die Inschrift weg. Ein Verfahren wegen Sachbeschädigung verläuft im Sande.

Nach einem Seminar Hermann Vinkes über die Geschichte der Emslandlager und über Carl v. Ossietzky gründet sich zehn Jahre später, im April 1979, der "Arbeitskreis Carl von Ossietzky". Der Arbeitskreis plant die Errichtung einer Informationstafel über die Emslandlager auf dem Gelände des Friedhofs an der B-401. Der Innenminister Niedersachsens, Möcklinghoff, verweigert dies. Die Tafel wird dennoch errichtet.

In einer nachträglichen Genehmigung im Oktober 1979 verspricht Möcklinghoff, eine zentrale Gedenkstätte mit umfassenden Informationen über die KZ und Arbeitslager im Emsland zu errichten.

Darauf legt im Januar 1980 der Arbeitskreis das Konzept für ein Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) vor. Der Landtagsabgeordnete Walter Remmers, heute-Justizminister Niedersachsens, bezeichnet das Konzept als "weit über das Ziel hinausgeschossen".

Im Januar 1981 gibt der Landkreis Emsland die sog. Kosthorst-Studie über die Geschichte der Emslandlager in Auftrag.

Im April 1981 gründet sich das "Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager e.V."

Der Landkreis Emsland weiht im Dezember 1981 einen Rundbau mit Schrifttafeln, die über die 15 Lager informieren sollen, auf dem Friedhof an der B-401 ein.

Im Juli 1982 verspricht der damalige Bundesminister für Verteidigung, Hans Apel (SPD), dem Aktionskomitee schriftlich ein Gelände zur Errichtung eines DIZ auf dem Bundeswehrgelände des ehemaligen KZ Esterwegen.

Der Justizminister Walter Remmers verspricht dem Aktionskomitee im Februar 1983 die Überlassung einer ehemaligen Kommandanturbaracke, die heute noch auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt in Groß-Hesepe steht. In ihr plant das Aktionskomitee die Einrichtung eines DIZ auf dem KZ-Gelände in Esterwegen.

Der neue Bundesminister für Verteidigung, Manfred Wörner (CDU), widerruft im Mai 1983 die Entscheidung Apels. Darauf richten Abgeordnete der SPD mit dem MdB Günther Tietjen als Fragesteller eine Anfrage an die Bundesregierung, in deren Zusammenhang es im Dezember 1983 zu einer Bundestagsdebatte kommt. Der Vorgang wird an den Innenausschuß des Bundestages verwiesen. Dort "schmort" er über zwei Jahre.

Mittlerweile hatte das Aktionskomitee in Gesprächen mit dem Papenburger Bürgermeister, Heinrich Hövelmann (CDU), und auf einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Bundestagsparteien und mit Politikern des Landkreises die Bereitschaft singanilisiert, innerhalb eines Dachvereins für ein Dokumentations- und Informationszentrum mitzuarbeiten, wenn dadurch die Intention des Vorhabens nicht gefährdet würde.

Im April 1984 hatte das Aktionskomitee mit dem Aufbau eines auf eigene Kosten errichteten provisorischen DIZ in Papenburg begonnen. Im Juli 1984, nach dem sich die Zusammenarbeit über eine Satzung des Trägervereins intensiviert hatte, bekam der Verein zwei ABM-Stellen zugewilligt.

Die kontinuierliche Arbeit, insbesondere das im Mai 1985 durchgeführte Symposium zur Geschichte der Emslandlager verstärkten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Aktionskomitee.

Im September 1-1985 beschloß der Innenausschuß des Bundestages einstimmig, die Bundesregierung zu bitten, Geld zweckgebunden für die Errichtung eines DIZ in der von-Velen-Anlage in Papenburg bereitzustellen.

2. Politische Strategie des Aktionskomitees: Vom reflexhaften Reagieren zum planmäßigen politischen Kalkulieren und Einwirken.

Nach 1945 erleben wir in der Bundesrepublik nach einer kurzen Schrecksekunde die Freßwelle, die Bekleidungswelle, die Reisewelle. Nach der sogenannten "Stunde Null" scheint es nur bergauf zu gehen. Es präsentiert sich ein Land ohne Gewissenskrise.

So dauert es auch bis 1963, ehe im Zusammenhang mit den Geschehnissen in und um die Emslandlager Nichtopfer etwas tun. Auslöser war das aufflackernde Bewußtsein nach VHS-Seminaren, nach emotional aufrüttelnden Einzelerlebnissen, daß hier Geschichte verlorengeht, die doch die Maßstäbe für die Beurteilung und überhaupt das Erkennen der fragwürdigen gegenwärtigen Ereignisse in sich trägt. Verjährungsdebatte, Vietnamkrieg, Studentenbewegung etc. sind Stichworte hierzu. Das "Etwas-tun-wollen" lag parallel zu den allgemeinen Reformbedürfnissen ab Mitte der 60-er bis Mitte der 70-er Jahre.

Aber wir standen eben nicht in einer geschichtsbewußten Tradition, sondern wir mußten uns die Zusammenhänge erst erarbeiten - mit allen Erkenntnis-sprüngen, die solch ein Augenöffnen von einer Unfaßbarkeit zur nächsten mit sich bringt. Die von uns formulierten Ziele mußten gegen die politischen Macht-träger durchgesetzt werden. Daß diese die in unseren Köpfen - und zumindest ähnlich in der Wirklichkeit - vorhandenen Verbindungen zwischen Geschichte und Gegenwart nicht sehen konnten (die Verstockten, die nicht sehen wollten, scheinen mir weniger das Problem gewesen zu sein), bestimmte unser Handeln kaum mit. So waren wir im Grundsätzlichen nicht desorientiert, wohl aber chaotisch, weil weitgehend unklar, in bezug auf zu erreichende Ziele.

Die Haltung der offiziellen Stellen war andererseits oft so schizophren, in der Wahrnehmung des Geschehens so taub und blind, daß sich mit unseren Forderungen relativ spontan viele Menschen kritischer Grundhaltung (oft auch Bildungsbürger) anlässlich von historischen Merktagen oder von Öffentlichkeit erregenden Ereignissen (z.B. Holocaust-Welle 1979) identifizieren konnten. In diesem Zusammenhang spielt die Universität Oldenburg, Neugründung mit ausdrücklichem Reformanspruch, eine bedeutende Rolle: Der Kampf um die Namensgebung "Carl-von-Ossietsky-Universität" schuf Öffentlichkeit, Solidarität, aber auch erbitterte Ablehnung auf der Grundlage traditionell wirksamer Klischees (linke Unruhestifter).

Waren öffentliche Aktionen des DCP und des Arbeitskreises Carl v. Ossietzky also anfänglich tatsächlich mehr reflexhafte Reaktionen auf geradezu unfassbar erscheinende Haltungen offizieller Stellen, so wuchs für den Arbeitskreis allmählich die Klarheit über notwendige Arbeit. Gerade durch die Solidarität bzw. auch durch die Einvernahme öffentlicher Persönlichkeiten und Institutionen wuchs der Erwartungsdruck auf den Arbeitskreis, solide Arbeit zu leisten und nachvollziehbare Ziele zu formulieren.

Ein Hinüberwachsen vom Bild chaotisierender Eindringlinge, die meisten sich zu Wort meldenden Menschen stammten nicht aus dem Emsland, zum Bild eines ernsthaften Störfaktors war zu verzeichnen. Ernsthaft insofern als nicht nachlassend, sachargumentativ die durch die politischen Instanzen in Anspruch genommene Moral an der Wirklichkeit gemessen wurde, ohne daß von uns dabei ein ausdrücklicher Schuldvorwurf erhoben wurde. Man konnte uns nicht

mehr übergehen. Dies bedeutete den Störfaktor. Bei einigen wenigen politischen Mandatsträgern in der Region mag in diesem Zusammenhang sich sogar so etwas wie eine späte Schuld eingestellt haben.

Dieser Störfaktor war im Kalkül der anderen Seite jedenfalls nur dadurch zu neutralisieren, daß die zwei wichtigsten Elemente der Anwürfe herausgegriffen und umgesetzt wurden: eine würdige Gedenkstätte und eine wissenschaftliche Dokumentation der Lagergeschichte.

Die Gedenkstätte, die der Landkreis 1981 einweihte, mag sogar würdig sein, aber sie ist nur traditionell brauchbar. An ihr findet Gedenken kaum statt. Bei entsprechenden Anlässen versammelt man sich stets am Stein für Carl von Ossietzky.

Die Kosthorst/Walter-Studie als wissenschaftliche Dokumentation der Lagergeschichte lieferte selbst den Nachweis für die Bedeutung der Emslandlager - und wies damit quasi die Richtigkeit unserer Forderungen nach. Auch das Weitertragen dieser Geschichte mußte nun akzeptiert werden. Die vom Landkreis initiierte und finanzierte Einsetzung einer Kommission zur Erstellung von Unterrichtseinheiten auf der Grundlage der Kosthorst-Studie beweist dies.

Gleichzeitig bedeutete die Kosthorst-Studie aber auch einen gewissen Zwang für das Aktionskomitee. Wir mußten unserer Existenzberechtigung fort-dauernd nachweisen. Die Dissertation von Elke Suhr in ihrer thematisch etwas anderen Gewichtung spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle, jedenfalls was bürgerlich-wissenschaftliche Reputation anbelangt. Wichtiger aber für unsere bildungspolitischen Zielsetzungen waren m.E. die unmittelbar vom Verein ausgehenden Publikationen, wie z.B. "Auf der Suche nach den Moorsoldaten". So wurde quasi parallel zur Kosthorst-Studie eine qualitativ andere Arbeit, die keine Konkurrenz sein muß, sondern eher eine sinnfällige Ergänzung ist, vorgeführt: Workcamps, Lagerrundfahrten, Seminare, Schulbetreuungen, Betreuung von ehemaligen Häftlingen. In diese Maßnahmen wurden allmählich deutlicher die politischen Kräfte der Region eingebunden, so daß sie sich unserer Sache immer weniger entziehen konnten. Am deutlichsten wurde dieses Handlungsschema an dem im Mai 1985 durchgeführten Symposium, zu dem das erste Mal auch eine Aktivität unserer-seits vom Landkreis und der Stadt Papenburg finanziell unterstützt wurde.

Parallel zu den im ersten Punkt angerissenen Daten der Vereinsgeschichte kann man für die vergangenen drei Jahre ein zunehmend planmäßiges Gewinnen und Einspannen von in der Region oppositionellen Kräften, die aber in ihrer Existenz akzeptiert sind, feststellen. Insbesondere die SPD stützte mit ihren hiesigen Abgeordneten Günther Tietjen (MdB) und Inge Lemmermann (MdL) unsere Sache.

Die Zusammenarbeit mit in der Region renommierte-n Kräften, Kirchen (insbe-sonde-re natürlich die katholische) und z.B. der Landesarbeitsgemeinschaft für ländliche Erwachsenenbildung (LEB) irritierte die CDU gewaltig und bewirkte immerhin, daß sie sich auch weiterhin inhaltlich mit uns einläßt.

Insofern ist es uns durchaus gelungen, auf die CDU in dem Sinne einzuwirken, daß ein Teil ihrer Handlungsweise sich nach Bedingungen ausrichtet, die wir gestellt haben. Wie weit der Übergang zu einer tatsächlichen Zusammenarbeit ohne wesentliche Bestandsaufgabe von unseren Inhalten und Zielen verwirklicht werden kann, wird die nächste Zukunft zeigen. Eine Frage von Monaten, nicht mehr von Jahren. Die Vorlage unserer jetzt auch baulich ausformulierten DIZ-Konzeption hat diesen Entscheidungszwang herbeigeführt.

3. Motive politischer Instanzen im Umgang mit dem Aktionskomitee.

CDU - Ausgehend von der Behauptung, wir seien für die CDU ein ernst zu nehmender Störfaktor, lassen sich zwei Handlungsmotive feststellen: erstens unsere Sachkompetenz aufsaugen, zweitens keine offene Konfrontation mit uns, sondern ein fein gesponnenes Austricksen im politischen Alltag.

So läßt sich z.B. immer wieder feststellen, daß wir in der Öffentlichkeit von der CDU übergangen werden bzw. daß wir nicht erwähnt werden, obwohl wir in vielen Dingen den Anstoß geliefert haben, oft sogar vorher von CDU-Seite selbst in Handlungen einbezogen worden waren.

Die völlig unangefochtene Position der CDU im Emsland versetzt jede irgendwie oppositionelle Gruppierung in den Zwang, bis zu einem gewissen Grade zu kooperieren, wenn man überhaupt Einfluß auf Entscheidungen gewinnen will. Dabei

ist eine genaue Detailkenntnis politischer Kräfteverhältnisse und auch personaler Beziehungen innerhalb der CDU in der Region und über die Region hinaus Voraussetzung.

Als besondere Gefahr für die Zielsetzungen des Aktionskomitees, aber auch als echte Chance zur Mitgestaltung stellt sich dabei die Orientierung eines bedeutenden Teils in der Emsland-CDU auf tatsächlich alternative Lösungsstrategien heraus. Die Funktion des ökologischen Teils der "Historisch-ökologischen Schulungsstätte Emsland in Papenburg", dem Trägerverein, unter dessen Dach auch das DIZ verwirklicht werden soll, ist einerseits die Integration kritischer Kräfte in den bestehenden Zustand, andererseits aber eben auch die Gewinnung neuer Einsichten für die CDU.

Wie auch immer, die CDU ist handlungsentschlossen. Wichtige Teile in der CDU wollen uns beteiligen, wobei andere darauf achten, daß wir dabei möglichst kein Profil gewinnen. Will man einerseits Inhalte gewinnen, ohne dafür im übertragenen Sinne zu bezahlen, so will man andererseits auf jeden Fall weiter unsere Qualitäten abchecken. Einzig hier liegt unsere Chance: Wir müssen weiter Verantwortung übernehmen, d.h. die inhaltliche Ausgestaltung und die Koordination der Baumaßnahmen verantwortlich übernehmen, wenn wir nicht letztlich doch ausgetrocknet werden wollen.

SPD - Die SPD hat von ihrer Parteigeschichte und vom Schicksal einer Vielzahl von früheren Mitgliedern her einen relativ unmittelbaren Zugang zu uns. Von daher ist auch eine relativ ungebrochene Identifikation mit unseren Zielen gegeben.

Aber für die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik spielt in der Parteiendemokratie diese Vergangenheitsbewältigung keine Rolle. Die SPD ist insofern genauso Stimmenakkumulator zum Erringen von Mehrheiten zwecks Regierungsbildungen wie die Volkspartei CDU auch. In dieser Hinsicht nützen wir der SPD nicht, wir schaden ihr aber auch nicht. Hier liegt ein gewisser Unterschied zur CDU, in der unser Anliegen zu einem bedeutenden Teil doch sehr ungern gesehen wird.

Das Maß, in dem die SPD für unsere Sache tätig ist und wird, hängt folglich wesentlich vom Engagement einzelner Personen ab. Dieses Engagement ist bei den wichtigen Personen, die uns hier beistehen könnten, sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Hier müssen wir noch wesentlich deutlichere Vorgaben für die SPD bereitstellen. Allerdings ist auf bestimmten Ebenen auch schon ein leichter Unwillen zu verspüren. Dennoch bleibt die SPD für uns vor Ort die einzige starke unterstützende Kraft.

Die Grünen - Die Grünen erscheinen hier sehr zerstritten. Dies äußert sich gerade auf Feldern, die dem Vorhaben DIZ parallel liegen bzw. sogar mit ihm verbunden sind. Für den ökologischen Teil der Historisch-ökologischen Schulungsstätte haben einige Grüne die Idee und das Konzept für ein Nationalpark Moor lanciert.

Das Kalkül lautet dabei in etwa, gegen den Bürgermeister Hövelmann gehe sowieso nichts, also schenken wir ihm die Konzepte, damit er wirklich der überparteiliche Macher werden kann, der er gerne sein möchte. Die gegenteilige Position lautet, dabei verlöre man sein Gesicht, werde überflüssig, schließlich aufgesogen. Insgesamt ist hier also dasselbe Problem gegeben wie es für uns auch gilt, bloß daß innerhalb des Aktionskomitees dies kein Streit ist, sondern wir in Kenntnis der Zwickmühle gemeinsam unsere Handlungsfähigkeit erweitern wollen. Dies ist m.E. bei den Grünen nicht der Fall, sondern die dort herbeigeführten Kompromisse tragen einen außerordentlich starken Zwangscharakter.

Die Grünen sind für uns von daher kein starker Bundesgenosse.

Gewerkschaften - Der Kontakt zu den Gewerkschaften, hier DGB, ist faktisch zerstört. Dies gilt überhaupt nicht für die GEW, mit der wir gut zusammenarbeiten, die aber hier im katholischen Emsland ähnlich in der Diaspora sich befindet wie etwa die SPD oder die protestantische Kirche.

Die CDU-Orientierung lähmt m.E. den DGB im Landkreis sehr stark. Der Kreisvorsitzende des DGB hat dabei des öfteren versucht, zu uns eine vermittelnde Position aufzubauen, auf die wir auch immer freudig eingegangen sind. Andere Personen des DGB-Kreisvorstandes jedoch halten konsequent ihre Vorurteile gegen uns, die aus Fehleinschätzungen aus der sog. "Chaotenzeit" herrühren, aufrecht. Im Verhältnis zum DGB kann hier vor Ort für uns in absehbarer Zeit nichts gewonnen werden.

Die Situation des Aktionskomitees ist paradox: Während das Aktionskomitee in Papenburg seinen Sitz hat und hier tätig ist, erzielt es seine Wirkung hauptsächlich in den Randgebieten des Emslandes. Bis Bremen und Osnabrück werden unsere Dienste durchaus in Anspruch genommen, während vor Ort die Nachfrage sehr gering ist, sich allerdings leicht und stetig verstärkt.

Zur Zeit gilt jedoch noch, daß das Aktionskomitee in der näheren Region nicht verankert ist. Weder kommen Mitglieder des Vereins in nennenswerter Zahl noch Ausstellungsbesucher aus Papenburg und Umgebung.

Dies korrespondiert mit der Geschichte der Initiative, in der auch fast immer alle wesentlichen Impulse bzw. die sie tragenden Personen von außen kamen. Wir sind nach wie vor in Papenburg die Eindringlinge - fast so wie die Nazis, die man als aufrechte Zentrumswähler auch nicht haben wollte. Und nun erlauben die neuerlichen Eindringlinge nicht einmal das Herstellen des Zustands, wie er vorher herrschte.

Um eine Verankerung allmählich zu bewirken, bedarf es eines ganz behutsamen Vorgehens und Eingehens auf die Kräfte, die hier anerkannt Werte vermitteln. Die ländliche Struktur mit ihren spezifischen Kommunikations- und Interaktionsweisen und die katholische Glaubensausrichtung setzen die Bedingungen. Insofern mag auch die Koalition mit pax christi und der LEB, wie sie zum Symposium begonnen wurde, ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung sein. Hier war es uns in der Tat gelungen, auch relativ viele Menschen aus der näheren Umgebung zu erreichen. Insbesondere der Kontakt zu Pfarrern vor Ort stellte sich als wichtig heraus. In diesem Zusammenhang muß auch die Möglichkeit weitergedacht werden, junge Menschen zunehmend für die Arbeit im Aktionskomitee zu gewinnen.

5. Schwerpunktmäßige Inhaltfelder der Arbeit des Aktionskomitees.

Hier möchte ich etwas über den Rahmen des gehaltenen Vortrags hinausgehen. Dieser Punkt fiel wegen der fortgeschrittenen Zeit damals relativ kurz aus. Ich beziehe mich auf Zahlen, die für den Zeitraum Juli 1984 (Aufnahme der Arbeit durch die zwei ABM-Kräfte) bis Mai 1985, also für 9 Monate gelten.

Folgende Informationsveranstaltungen sind in diesem Zeitraum durchgeführt worden:

- 4 Projektstage an Schulen;
- 10 Vorträge vor Schülern bzw. Schulklassen z.T. mit Führungen zu den ehemaligen Lagerstandorten;
- 8 Tagesveranstaltungen vor Jugendlichen im außerschulischen Bereich;
- 9 Vorträge und Führungen von Erwachsenengruppen, darunter ehemalige Häftlinge;
- 5 mehrtägige Seminare bis zu zwei Wochen Dauer.

35 Maßnahmen. Bei mindestens 20 Teilnehmern im Durchschnitt sind also wenigstens 700 Personen erreicht worden.

Dazu kamen ca. 250 Teilnehmer am internationalen Symposium.

In den bezeichneten 9 Monaten wurden mindestens zwei Stunden Hörfunkprogramm vom oder in Verbindung mit dem Aktionskomitee bestritten. NDR, Radio Bremen und Deutschlandfunk strahlten Sendungen aus.

Von Mai 1985 bis September 1985 sind in 14 Führungen ca. 400 Personen, fast ausschließlich Schüler durch die Ausstellung des DIZ geführt worden.

Die Nachfrage durch Schulklassen nimmt ständig zu. Z.T. halten ganze Lehrerkollegien pädagogische Klausurtagungen unter Anleitung des Aktionskomitees zu den Emslandlagern ab.

Einen bedeutenden Teil der Arbeitskraft verschlang das Organisieren und Erstellen der Ausstellung in den DIZ-Räumlichkeiten, die zu diesem Zweck erst umgebaut bzw. renoviert werden mußten. Hiermit war im Mai 1984 begonnen worden. Ein Jahr später konnte die Ausstellung eröffnet werden. In diesem Zusammenhang hatten

sich fruchtbare Anfänge eines Zusammenwirkens mit einzelnen Personen aus der Umgebung ergeben. Nach gezielten Aufrufen, meldeten sich einige Personen mit Überresten aus der Lagergeschichte.

Der weiteren Verankerung vor Ort wird der Ausbau der Kontakte zur LEB dienen. Im Programm der LEB für 1986 werden fest terminierte Veranstaltungen, die z.T. Fortsetzungscharakter haben und auf das Symposium aufbauen, ausgewiesen. Zielgruppen werden z.T. die allgemeine Bevölkerung, z.T. aber auch fachspezifisch interessierte Gruppen (Erwachsenenbildner, Historiker etc.) sein.

Im Mai 1985 erschien die Publikation von Boldt/Suhr "Die Emslandlager...". Im Dezember 1985 wird eine ca. 150-seitige Auswertungsbroschüre über das Symposium erscheinen. Für 1986 ist die zweite, verbesserte Auflage von "Auf der Suche nach den Moorsoldaten" geplant.

Ein Projektantrag zur Förderung eines wissenschaftlichen Vorhabens ist an den Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst gestellt. Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme und Darstellung der Geschichte der südlichen Emslandlager, insbesondere der Kriegsgefangenenlager soll vom Aktionskomitee vorbereitet und strukturiert werden.

Nicht zu vergessen ist die umfangreiche planerische Arbeit, die für die Erstellung des baulichen DIZ-Konzeptes nötig war.

Der Punkt 7, Defizite des Aktionskomitees, entfällt wie immer.
Grund: Völlige Übermüdung de-s Tipplers.

Aber: Wir haben wichtige Erkenntnisse aus Eurer Kritik gewonnen. (Nicht nur eine Höflichkeitsfloskel; auch wenn uns manche Kritik schon bekannt war, die Relevanz wird deutlicher, wenn von außen Freunde kritisieren.)

Sonne Brückner

Frank Dingel

Gedenkstättenseminar Papenburg. Protokoll vom 12.10.1985

a) Vormittags

Die Diskussion im Anschluß an das Referat von Bruno Brückner über "Die Arbeit des Aktionskomitees für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager in der Region" konzentrierte sich auf zwei Schwerpunkte:

- die inhaltliche Arbeit des Aktionskomitees
- die politischen Strategien und Taktiken, um eine optimale Verankerung des DIZ zu erreichen.

Das politische Problem bestehe darin, daß die maßgeblichen Politiker vor Ort das DIZ zwar in die geplante historisch-ökologische Schulungsstätte ("Van-Velen-Anlage") einbeziehen und damit zukünftige Konflikte neutralisieren wollen, andererseits aber peinlich darauf bedacht sind, das Aktionskomitee nicht als solches in Erscheinung treten zu lassen: In der Informationsbroschüre über die "Van-Velen-Anlage" ist

11
zwar die Konzeption von Kosthorst u.a. abgedruckt, die im übrigen identisch ist mit der Gliederung der von ihm mitverfaßten Dokumentation über die Emslandlager, nicht aber die Vorstellungen des DIZ. Die Rolle der Münsteraner Wissenschaftler sei ohnehin zweispältig: Einerseits betonten sie, nach Fertigstellung der Dokumentation kein Interesse mehr an den Emslandlagern zu haben, auch nicht das der didaktischen Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, andererseits tauchten sie immer wieder auf, u.a. im DIZ, um sich zu informieren. Kooperationsangeboten gegenüber verhielten sie sich spröde. Der Verdacht sei nicht ganz von der Hand zu weisen, daß sie angelehnt des im DIZ versammelten Fachverständes als "wissenschaftliche Reserve" dienen sollen, deren sich die konservativen Politiker der Region bedienen können, um dem DIZ Paroli bieten zu können.

Die Extreme möglichen politischen Verhaltens liegen bei einer politisch nicht abgesicherten Profilierung einerseits und einer bedingungslosen Kollaboration andererseits. Bei letzterem ließe man sich für das andernorts geplante und gelenkte Öko-Projekt instrumentalisieren, ohne daß die eigenen Positionen in der Faschismusanalyse noch erkennbar wären, in dem anderen Fall brächte man zwar seine eigenen Positionen unverkürzt zum Ausdruck, verzichtete aber auch eine langfristig abgesicherte institutionalisierte Wirkungsmöglichkeit.

Die Konsequenzen aus dieser Sachlage seien folgende:

1. das Kooperationsangebot insbesondere des Bürgermeisters müsse angenommen werden;
2. innerhalb dieser Kooperation sei der eigene Beitrag als Aktionskomitee auch nach außen deutlich zu machen; zum Beispiel müsse das Abkupfern von Ideen ohne Quellenangabe unterbunden werden;
3. persönliche Empfindlichkeiten beim Umgang mit den Honorarien der Stadt und des Kreises seien zurückzustellen, soweit nicht inhaltliche Essentials betroffen sind.

Die Diskussion der inhaltlichen Arbeit des Aktionskomitees machte zunächst ein strukturellen Problem deutlich: Je stärker eine Initiative in politische Auseinandersetzungen involviert wird, umso schwieriger wird die eigentliche inhaltliche Arbeit. Entsprechend steigt der Frustrationspegel, vor allem dann, wenn man den Eindruck gewinnt, daß andere, aktionsmäßig nicht Engagierte schon forschen, wenn man selber noch um die politischen Rahmenbedingungen dieser Forschung kämpfen muß.

Dieses Dilemma zeigte sich auch bei dem Hauptkritikpunkt an der Arbeit des DIZ, daß nämlich die ehemaligen Häftlinge zu

ehemaligen

wenig in die Arbeit einbezogen würden. Zwar wisse man von 70 bis 100 Häftlingen, aber es übersteige die Möglichkeiten des DIZ, einen kontinuierlichen Kontakt zu ihnen aufzubauen. Bei Häftlingsvereinigungen sei zwar ein Stück organisatorischer Vorarbeit von den Häftlingen geleistet worden, so daß ein Ansprechpartner zur Verfügung stehe, andererseits seien die die politischen und menschlichen Empfindlich- und Empfindsamkeiten nicht zu unterschätzen. Ausländische Organisationen verhielten sich häufig zurückhaltend gegenüber deutschen Aktivitäten, die sie meinen nicht ganz einschätzen zu können. Dies treffe sowohl für die luxemburgischen wie die dänischen Gruppen zu.

Gleichwohl bestand Einhelligkeit darüber, daß man den Kontakt zu den ehemaligen Häftlingen suchen und sie in die Arbeit einbeziehen sollte, solange dies möglich sei.

Angesprochen, wenn auch nicht weiter verfolgt, wurde das Problem, daß man sich in der Gedenkstättenarbeit auch gegen den Widerstand der unmittelbar Betroffenen durchsetzen muß. Im konkreten Fall ging es um die Erhaltung und pädagogische Nutzung einer äußerlich nicht zerstörten Synagoge gegen den Widerstand der zuständigen Jüdischen Gemeinde, die für Abriß plädiert hatte. Der hier ansatzweise zutage tretende Widerspruch zwischen introvertiertem Gedenken (an die Stelle der Synagoge sollte eine Gedenkstätte treten) und politisch ambitionierter Aufklärung wurde jedoch nicht weiter diskutiert.

Als weiterer Vorschlag für eine Ausgestaltung der antifaschistischen Arbeit im Emsland wurde ein Nachgehen der Todesmärsche angeregt, mit dem die Bremer sehr positive Erfahrungen gemacht hätten. Gerade die Weiträumigkeit des Emslandes und die Entfernungen zwischen den einzelnen Lagern böten sich für solche Unternehmen geradezu an. Gut vorbereitet, könnten solche Märsche neben historischen Kenntnissen (Standorte der Lager, Vorkommnisse auf den Märschen, historische Umstände) auch, wenn gleich in stark abgeschwächter Form, einen Eindruck von den Strapazen vermitteln, denen die Häftlinge ausgesetzt gewesen seien.

b) Nachmittags

Die Diskussion in der Nachmittagssitzung beschäftigte sich mit Struktur und Funktion der Gedenkstättenseminare selbst. Einleitend wurde mitgeteilt, daß die Existenz des Gedenkstättenreferates bei Aktion Sühnezeichen durch die Hilfe einer kleinen Stiftung für zwei Jahre gesichert ist.

Grundlage der Diskussion war das Papier "Nachbemerkenungen zum Gedenkstättenseminar im Mai 1985 in Wewelsburg" von Andreas Ruppert. Die Kernaussagen des Papiers lauten: Motiv und eigentlicher Sinn der Gedenkstättenseminare ist die konkrete Gedenkstättenarbeit: Erfahrungsaustausch, Anregungen, theoretische Diskussionen mit dem Anspruch auf praktische Umsetzung. Dieser Anspruch habe sich jedoch von Mal zu Mal verflüchtigt bzw. sei durch organisatorische Fehlentscheidungen und persönliches Verhalten unterlaufen worden. Im einzelnen wurden folgende Punkte benannt:

- die seit Essen eingeführte thematische Schwerpunktsetzung hat ~~sich~~ zu einer Akademisierung geführt: Die Vorträge wurden nicht auf die konkrete Gedenkstättenarbeit bezogen.
- dieser Trend wurde durch die Ausweitung des Teilnehmerkreises über die unmittelbar in der praktischen Gedenkstättenarbeit Engagierten hinaus gefördert. Die Ausweitung des Teilnehmerkreises ist auf den Einfluß der Geldgeber zurückzuführen.
- Die Fähigkeit zum konstruktiven Zuhören ist abhandengekommen. Stattdessen dominierten Selbstdarstellungsposen.
- Eine besondere Zuspitzung erwähnt dieses Verhalten, wenn Diskussionsrunden in Positions- und Profilierungskämpfe umfunktioniert werden.
- schließlich und endlich ist undiszipliniertes Verhalten (Zuspätkommen und Zufrühgehen) auch nicht gerade dem Erkenntnisprozeß förderlich.

Aus diesen konstatierten Mängeln wurden in dem Papier folgende Konsequenzen gezogen:

Die praktische Gedenkstättenarbeit sollte in den Vordergrund gestellt, auch "Scheinöffentlichkeit" verzichtet und die Teilnahme einzelner Gedenkstätteninitiativen beschränkt werden. Darüber hinaus wurde gruppendynamische Reflexion an jedem Tag des Seminars angeregt.

Der letzte Punkt stieß sofort auf Widerwillen und wurde nicht weiter verfolgt. In der nachfolgenden Diskussion bestand Einmütigkeit darüber, daß die konkrete Gedenkstättenarbeit im Mittelpunkt zu stehen habe und daß dies am Beispiel der jeweils gastgebenden Gedenkstätte bzw. Gedenkstätteninitiative geschehen könne. Dabei sei aber zu beachten daß die ~~themenbezogenen~~ thematisierten Probleme auch verallgemeinerbar sind. In Papenburg sei man z.B. an einigen Punkten zu konkretistisch auf politisch-persönliche Querelen eingegangen, aus denen keine Rückschlüsse für die Arbeit anderer Initiativen gezogen werden konnten. Eine gründliche Auseinandersetzung mit dem didaktischen Konzept des DIZ blieb andererseits auf der Strecke. Einig war man sich auch in der Abwehr der Fremdbestimmung durch Geldgeber. Dabei ist es zweitrangig, ob diese wirklich inhaltlichen Einfluß aus-

üben wollen oder nicht. Verderblich ist schon die antizipiert^e Erwartung der Sponsoren, z.B. was den "wissenschaftlichen" Charakter der Fortbildung angeht. Der Teilnehmerkreis sollte nicht administrativ beschränkt werden, sondern durch eine möglichst präzise Themenvorgabe, die sich ihrerseits durch die Bedürfnisse der arbeitenden Initiativen und Gedenkstättenmitarbeiter legitimieren muß. Auf diese Weise kann verhindert oder doch zumindest eingeschränkt werden, daß auf Tagungen unterschiedliche und unvereinbare Erwartungshaltungen aufeinandertreffen und sich konkurrierend blockieren.

Ein besonderes Problem stellen die neuen Initiativen dar. Jeder die Möglichkeit zu einer ausführlichen Selbstdarstellung zu beben würde bedeuten, daß ein großer, wenn nicht der größte Teil der Tagung für diese Selbstdarstellung verwandt werden müßte. Andererseits wäre es unsinnig, die Zahl der neu teilnehmenden Initiativen zu beschränken, da gerade sie ein großes Interesse an Erfahrungsaustausch und neuen Kontakten haben. Der gefundene Kompromiß sieht vor, daß zwar jede neue Initiative kommen kann, die will, aber nur zwei von ihnen die Möglichkeit einer ausführlichen Vorstellung eingeräumt werden soll.

Nicht konsensfähig waren Vorschläge, die die Gedenkstättenseminare nur noch einmal im Jahr stattfinden lassen wollten oder vorschlugen, ein allgemeines und ein regionalbegrenztes Treffen zu veranstalten oder auch zwei Seminare mit unterschiedlichen Schwerpunkten, einem wissenschaftlichen (Fortbildung) und einem didaktischen (Alltagsprobleme) zum Beispiel, abzuhalten. Demgegenüber bestand die Mehrheit auf der Einheit von Fortbildung und Erfahrungsaustausch sowie auf dem halbjährigen Turnus. Damit war zwar die Idee von Regionaltreffen, z.B. des westfälischen oder des süddeutschen Raumes, nicht vom Tisch, wurde aber als Alternative zu den bisherigen Gedenkstättenseminaren nicht weiter diskutiert. Ungelöst blieb hierbei das Problem der terminlichen Überlastung, wenn zu zwei bundesweiten Treffen noch regionale hinzukommen.

Weitere Punkte der Diskussion, die sich aber zum Teil am nächsten Vormittag fortsetzten, bezogen sich auf die Notwendigkeit, zur nationalen Mahn- und Gedenkstätte in Bonn Stellung zu beziehen, sowie auf die Vorbereitung des nächsten Gedenkstätten Treffens in Hofgeismar, in dessen Mittelpunkt die Gedenkstätte Breitenau stehen soll und dessen Schwerpunkt Gedenkstättenpädagogik und -didaktik am konkreten Beispiel vor Ort sein soll.

TOP: VerschiedenesInternationaler Suchdienst Arolsen:

Es wurde darauf hingewiesen, daß der Leiter des ITS, Herr Dr. Züger, zum 1.11. von Herrn Biedermann abgelöst wird. Angesichts der veränderten Sachlage wurde folgende Vorgehensweise besprochen:

Von der vorbereiteten Briefaktion soll zunächst Abstand genommen werden, da erstens die Stoßrichtung sich durch den Wechsel verändert hat und zweitens nach bereits durchgeführten Briefaktionen der in etwa anzusprechende Kreis nochmals aufgefordert würde, sich an das IRK zu wenden, was als wenig aussichtsreich erachtet wurde.

Im Gegensatz zu dem Vermerk von Frau Distel wurde festgestellt, daß auch von Seiten des Leiters des ITS Arolsen eine bessere Zusammenarbeit mit Forschern möglich wäre.

Da nun ein neuer Direktor in Arolsen sein Amt aufnehmen wird, soll jedoch zunächst ein Gespräch mit ihm gesucht werden. Dieses soll Anfang nächsten Jahres, auf Vorschlag des ITS, in Bonn stattfinden, da der ITS darauf Wert legt, daß wenigstens ein Teil der 11 Länder, die die Satzung mitbestimmen, daran teilnehmen sollte. Gesprächspartner sollen sein: Herr Biedermann und je ein Vertreter des IRK und der Bundesregierung. Von Seiten der Gedenkstätten: Ludwig Eiber, Dietfrid Krause-Vilmar und Thomas Lutz, möglichst auch noch ein Vertreter des Bundesarchives und des Institutes für Zeitgeschichte.

Gedenkstätte Hadamar:

Ein Briefwechsel zwischen Dr. Pünder, Direktor des Landeswohlfahrtsverbandes, und dem Gedenkstättenreferat wurde verlesen. Als Fazit bleibt festzuhalten, daß Herr Pünder inhaltlich nicht auf die angesprochenen Punkte direkt antwortet, sondern die Probleme abzuwehren versucht.

Thomas Lutz berichtet, daß die bisherigen Mitarbeiter der Gedenkstätte ein "Institut zur Erforschung der NS-"Euthanasie" in Hadamar e.V." gegründet haben.

Herr Lutz wird im November ein Informationsgespräch in der Klinik führen und anschließend weitere Schritte mit den Betroffenen gemeinsam beraten.

Weiterarbeit im "Arbeitskreis der Gedenkstätten":

Grundsätzlich soll eine kurzfristig zu treffende Entscheidung zu bestimmten Problemen der Gedenkstättenarbeit vom Gedenkstättenreferat der Aktion Sühnezeichen in Zusammenarbeit mit den jeweils Betroffenen besprochen und durchgeführt werden.

Ein Briefkopf, der von der INDONEU, im Zusammenhang mit der Aktion zum ITS Arolsen entworfen wurde, wurde festgestellt:

Der Kopf, der den Titel des Arbeitskreises in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen enthält, wurde als möglich akzeptiert.

Die Aufführung der einzelnen Gedenkstätten/Initiativen, die an der Seite des Blattes dargestellt wurde, wurde bemängelt.

Zum einen ist es problematisch eine sinnvolle - in jedem Fall neue - Auswahl zu treffen, zum anderen steht die Frage, wer dann für die jeweilige Gedenkstätte dem Brief zustimmen muß (z.B.: bei der Alten Synagoge Essen der Kulturdezernent?).

Für die bisher notwendige Darstellung des Arbeitskreises nach außen wurde die allgemeine gehaltene Formulierung "Arbeitskreis.... in Zusammenarbeit mit dem Gedenkstättenreferat von ASF" für ausreichend erachtet.

Zentraler Inhalt des Seminars soll die Beschäftigung mit pädagogischen Fragestellungen der Gedenkstättenarbeit sein, dargestellt am Beispiel Breitenau.

Fragen des Umganges mit dem Besucher sollen im Mittelpunkt stehen. Auch eine Leitfrage kann sein, ob die Gedenkstätten mehr als nur die Verlängerung von Schule sind.

Ausgangspunkt soll das konkrete Beispiel der Arbeit in Breitenau sein. Ein - so gut wie möglich - praxisnaher Betrieb soll vorgestellt werden.

Obwohl die Seminarteilnehmer keine Normalbesucher sind, soll versucht werden, diesen normalen Betrieb zu reflektieren. Hier soll die eigene Rolle mitreflektiert werden und auch eigene Erfahrungen, etwa mit der vorhandenen Ausstellung, diskutiert werden.

Zur Durchführung dieser Vorschläge muß dringend zu kleinen Lern- und Arbeitsgruppen geraten werden.

Mitarbeiter anderer Gedenkstätten sollen ihre Erfahrungen dann einbringen.

Eine erweiterte bildungstheoretische Komplex scheint eine Möglichkeit die Diskussion zu vertiefen.

Auf dem Vorbereitungstreffen am 8./9. November soll ein genaues Programm erarbeitet werden.

Seminar Herbst 1986

Das übernächste Gedenkstättenseminar soll in Bonn stattfinden. Dies wurde befürwortet, nachdem Thomas Lutz über die Pläne der Bundesregierung in Bonn ein Ehren- und Mahnmal für alle Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft zu bauen berichtet hat.

Die Seminarteilnehmer hielten es für wichtig, daß auch der Kreis der Gedenkstättenmitarbeiter sich hierzu eine Meinung bilden kann.

Das Vorhaben der Bundesregierung soll im Gegensatz zur lokalen Gedenkstättenarbeit vor Ort des "Vereines an der Synagoge" beleuchtet werden.

Th. Lutz

Vortrag: Justiz im Nationalismus

F. Z.

9. 10. 85

Gedenkstättenreffen vom 10. bis 13. Oktober in Papenburg

Papenburg. — Das „Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emsland“ veranstaltet am Freitag, dem 11. Oktober, um 20 Uhr im Papenburger Haus einen öffentlichen Vortrag zum Thema „Justiz im Nationalsozialismus“. Referent wird Dr. Ingo Müller von der Universität Oldenburg sein.

Anlaß dieses Vortrages ist das Treffen der Vertreter von Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in der Zeit vom 10. bis 13. Oktober in Pa-

penburg. Generalthema dieser Tagung wird „die (Un-)Rechtsprechung im Dritten Reich und Aufarbeitung heute — die Arbeit des Aktionskomitees Emslandlager“ sein.

Mit der Wahl Papenburgs zum Tagungsort soll die bisherige Arbeit des Aktionskomitees gewürdigt und seiner Förderung nach öffentlichen Mitteln für die Errichtung einer endgültigen Gedenkstätte Nachdruck verliehen werden. Das Gedenkstättenreffen wird von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste mitver-

anstaltet und von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziell unterstützt.

Wie das Aktionskomitee erläutert, sei es in hohem Maße den Vertretern der Gedenkstätten und -Initiativen zu verdanken, wenn in den letzten Jahren solche Stätten gegründet und ausgebaut worden seien. Neben Dachau, früher die einzige derartige Gedenkstätte der Bundesrepublik, gebe es heute eine ganze Reihe weiterer Mahnmale wie Neuengamme bei Hamburg, die alte Synagoge in Essen oder die Wehlsburg bei Paderborn.

Papenburg (Sie.). — Die Arbeit des Aktionskomitees Emslandlager stand im Mittelpunkt einer Tagung, zu der sich rund 30 Mitglieder des bundesweiten Arbeitskreises der Gedenkstätten von Donnerstag bis Sonntag in Papenburg zusammengefounden hatten. Im Verlauf des Seminars, das turnusgemäß im Abstand von sechs Monaten an einem anderen Ort der Bundesrepublik durchgeführt wird, sprachen die Teilnehmer unter anderem mit Bürgermeister Heinrich Hövelmann über die Möglichkeit der Integration eines Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) in die geplante historisch-ökologische Schulungsstätte am Obenende.

Professor Werner Boldt von der Universität Oldenburg und Vorsitzender des Aktionskomitees erklärte hierzu, das Aktionskomitee erhebe keinen Monopolspruch auf die Gedenkstättenarbeit im Emsland. Als einen wichtigen Schritt bezeichnete Boldt wäh-

„Geschichte vor Ort aufarbeiten“

Arbeitskreis der Gedenkstätten tagte

rend einer Pressekonferenz am Sonntag ein geplantes Gespräch mit Bürgermeister Hövelmann, MdB Rudolf Seiters und Vertretern des Landkreises. Dabei könne geklärt werden, in welcher Weise das DIZ finanziert und wie es inhaltlich ausgestaltet werden müsse.

Boldt dankte in diesem Zusammenhang der Stadt Papenburg und der Kirchengemeinde St. Michael (Obenende) für die gute Zusammenarbeit bei der Organisation des Treffens. So hatte die Stadt das Papenburger Hus und die Kirchengemeinde das Don-Bosco-Heim für die Tagung zur Verfügung gestellt. Auch Stadtdirektor

Dr. Rainhard Schenk hatte die Unterstützung der Kommune für das Aktionskomitee mit der Überreichung eines Schecks unterstrichen.

Thomas Lutz vom Gedenkstättenreferat der Aktion Sühnezeichen betonte im Zusammenhang mit Planungen zur Errichtung einer nationalen Gedenkstätte in Bonn zum Gedächtnis an alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Weltkrieges, man dürfe die zwölfjährige NS-Herrschaft nicht als einen „Betriebsunfall“ in der deutschen Geschichte darstellen. Es gelte vielmehr, vor Ort die Geschichte aufzuarbeiten.

Nummer 232

Kreis Emsland

„Dokumentation in einen größeren Kontext einbinden“

Kulturausschuß informierte sich in Wewelsburg über frühere Kult- und Terrorstätte

Wewelsburg/Emsland (U). — Nach Ansicht von Wulff Brebeck, dem Leiter des Kreismuseums Wewelsburg, sollte man eine Dokumentation über NS-Verbrechen nicht auf die grüne Wiese setzen, sondern sie in einen größeren Kontext einbinden. Brebeck informierte am Mittwoch die Mitglieder des Kulturausschusses des Landkreises Emsland über die Dokumentation in Wewelsburg, die den Titel trägt „Wewelsburg 1933 bis 1945 — Kult- und Terrorstätte der SS.“

Bekanntlich gibt es unter Beteiligung des Landkreises Emsland Bemühungen, ein Dokumentations- und Informationszentrum im Rahmen des Von-Velen-Museums in Papenburg-Obenende zu schaffen. Kürzlich hatte das Aktionskomitee, das sich bereits seit Jahren mit dieser Thematik befaßt, ein konkretes Konzept vorgelegt (wir berichteten). Die Wewelsburg — die umliegenden Ortschaft gleichem Namens für eine Reichsmark jährlich vom damaligen Kreis Büren (Wewelsburg gehört jetzt zum Kreis Paderborn) angemietet worden.

Die zu diesem Zeitpunkt fast total verfallene Burg (eine erste schriftliche Überlieferung über die Existenz einer Burg stammt aus dem 12. Jahrhundert) wurde dann auf persönlichen Wunsch von Heinrich Himmler zur „Reichsführerschule-SS“ ausgebaut. Später sollte sie dann als Kultstätte der nationalsozialistischen Ideologie dienen und „Mittelpunkt der Welt“ sein. Zu diesem Zweck war geplant, den Ort Wewelsburg dem Erdboden gleichzumachen und gigantische Bauten zu errichten. Für die Arbeiten an der Burg wurde eigens ein Konzentrationslager eingerichtet, das sich von September 1941 bis April 1943 in etwa 400 Meter

Luftlinie von der Burg befand und den Namen „Niederhagen“ trug. In diesem KZ befanden sich viele polnische Zwangsarbeiter sowie sowjetische Kriegsgefangene. Auffällig ist die hohe Todesrate auch im Vergleich zu anderen Konzentrationslagern. Von knapp 3300 Häftlingen starben 1285. Vom früheren Lager ist heutzutage kaum noch etwas zu sehen. Die Brutalität und der Zynismus einzelner SS-Führer mag der folgende Fall verdeutlichen: Eines Mittags lag ein sterbender russischer Häftling völlig entkräftet und ausgepumpt auf dem Appellplatz. Während er röchelnd atmete, warf ihm der SS-Arbeitsdienstführer kleine Steinchen in den Mund und rief lachend: „Seht, der Kerl frißt noch.“

Bemühungen der SS, die Dorfbewohner für sich einzunehmen, sind letztlich gescheitert. Wer zunächst das Verhältnis gegenüber der NSDAP deutlich distanziert gewesen (bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 hatte das Zentrum 67,38 Prozent, die NSDAP hingegen nur 14,84 Prozent der Stimmen errungen, so kam es am 13. Juni 1937 zu einem Zusammenstoß auf dem Schützenfest mit weitreichenden Folgen. Als SS-Führer abends in Zeit mar-

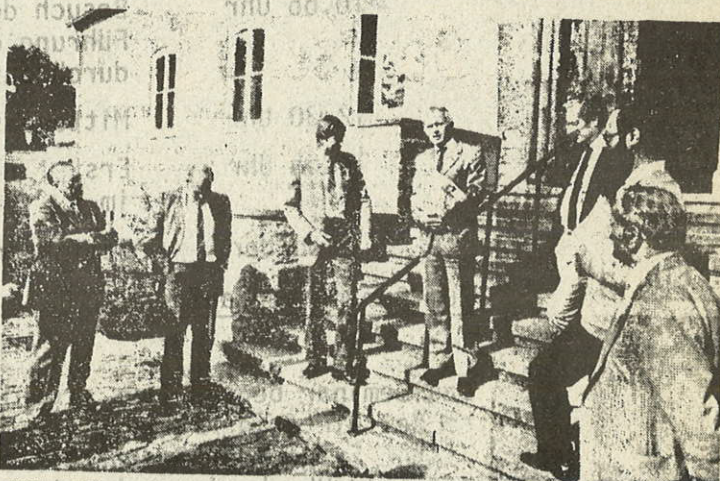
schierten, wurden sie mit eisigem Schweigen empfangen. Als dann ein SS-Mann mit einem Mädchen die Tanzfläche betrat, erhielt er einen Fußtritt von einem jungen Schützen. Der SS-Mann griff zur Pistole, und nur der Geistesgegenwart des Gendarmen wurde.

Zwei Stunden später befand sich eine Abteilung schwerbewaffneter SS-Leute auf dem Anmarsch nach Wewelsburg. Nachdem sich diese Kunde im Zelt verbreitet hatte, wurde das Fest unverzüglich abgebrochen, und die Wewelsburger begaben sich auf Schleichwegen nach Hause. Am folgenden Tag nahmen Gestapo-Beamte aus Bielefeld Quartier in der Dorfschule und ließen eine ganze Anzahl junger Männer zum Verhör vorführen. Fünf von ihnen nahmen sie „vorläufig“ in Schutzhaft und brachten sie ins Bielefelder Polizeigefängnis. Vier wurden bis zum 8. Juli wieder entlassen, der letzte am 23. September.

Der Leiter des Kulturamtes des Landkreises Paderborn, Claus Wessel, der die Gäste aus dem Emsland willkommen hieß (der Oberkreisdirektor konnte nicht präsent sein, weil der Busfahrer der Reisegruppe sich verfahren hatte und der Kulturausschuß erst mit etlicher Verspätung eintraf) wies gegenüber unserer Zeitung darauf hin, daß die Dokumentation jährlich von 40 000 Menschen besucht werde. Während sich die Dokumentation im ehemaligen Wachhaus der SS befindet und 1982 eingerichtet wurde, beherbergt die Burg neben der

Jugendherberge das Kreismuseum (jährlich knapp 20 000 Besucher). Im vergangenen Jahr wurde zudem eine ostdeutsche Abteilung eingerichtet, die bislang von 10 000 Interessierten aufgesucht wurde.

Federführend beim Aufbau der Dokumentation war der Kulturausschuß des Kreises Paderborn. Im Ort Wewelsburg stießen die Planungen nach Meinung des Leiters des Kreismuseums, Brebeck, zunächst vielfach auf Skepsis. Heutzutage jedoch ständen die meisten Einwohner hinter dieser Einrichtung.



EMPFANGEN wurden die Mitglieder des Kulturausschusses des Landkreises Emsland in Wewelsburg von Claus Wessel, dem Leiter des Kulturamtes des Kreises Paderborn (4. von l.). Als Geschenk überreichte er eine Dokumentation über die SS-Kult- und Terrorstätte.

Foto: Jungblut

Ems
Zeitung

Sonabend, 5. Oktober 1985